

Parteiprogramm

GRÜNE GRAUBÜNDEN



info@gruene-gr.ch

GRÜNE Graubünden

Version:

Stand 27. November 2025, mit
Ergänzungen aus dem Themen-
Workshop vom 29.11.25

WOFÜR WIR STEHEN

FÜR VIelfALT STATT MONOKULTUR – IN ALLTAG, LANDSCHAFT UND POLITIK

Wir leben in einer der ökologisch vielfältigsten Alpenregionen, im grössten Kanton der Schweiz. Graubünden reicht von gut zweihundert bis über viertausend Meter über Meer, beherbergt eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume und einen bedeutenden Teil der alpenweit 13'000 Pflanzen- und 30'000 Tierarten. Ihnen gilt es Sorge zu tragen. Sie haben sich an die unterschiedlichsten klimatischen Bedingungen angepasst und müssen – wie wir alle – eine unsichere Zukunft meistern. Die Menschen in Graubünden sprechen längst mehr als die drei Amtssprachen und haben verschiedene Geschlechter. Sie sind Teil einer sozialen Vielfalt, unseres kulturellen Reichtums, die uns differenzieren und verbinden. Sie schätzen die ökologischen und kulturellen Gegensätze als Boden, auf welchem Erfindungskraft, Weltoffenheit und Kooperationen mit den schweizerischen und europäischen Nachbar:innen entstehen und uns ein gutes Leben in den Alpen ermöglichen, wie es im Rahmen der Alpenkonvention¹ vereinbart ist.

Als GRÜNE Graubünden tragen wir kritisch und lösungsorientiert zum dafür nötigen gesellschaftlichen Diskurs bei und vertreten die Vielfalt des Kantons Graubünden.

Wir engagieren uns für

- Entscheidende Schritte im Klimaschutz
- Nachhaltigkeit, die auf ein sicheres Sozialsystem sowie gelebte Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit baut
- eine sinnvolle und bezahlbare medizinische Grundversorgung, von den Zentren bis in die Täler
- grundehrlich produzierte Nahrungsmittel aus einer standortgerechten, regenerativen und klimaschonenden Landwirtschaft
- eine zukunftssträchtige Energie- und Wirtschaftspolitik auf der Basis eigener Ressourcen
- die Reduktion des Energieverbrauchs und ein Zusammenspiel von Strom- und Wärmenetzen mit lokalen Energiequellen
- autofreie Ortskerne, ausgebauter Fuss- und Velowege sowie multimodale und geteilte Mobilitätsangebote bis in jedes Alpental
- bezahlbares Wohnen für Jung und Alt. Förderungen von Genossenschaften
- konsequente Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und Errichtung eines zweiten Nationalparks



¹ Alpenkonvention: <https://www.alpconv.org/de/startseite/>

- Aufwertung der Gewässer im Rahmen der kantonalen Heimfallstrategie für die Grosswasserkraft
- vielfältig diversifizierte Tourismusangebote statt Monokulturen
- zahlbare Kulturräume, aktive kulturelle Teilhabe und existenzsichernde Kulturförderung
- faire Bildungsmöglichkeiten mit Ausrichtung auf die kommenden Generationen
- Steigerung der Attraktivität des Kantons für Familien
- eine sichere, verantwortungsvolle Digitalisierung, die unser Zusammenleben bereichert
- die gesellschaftliche und politische Partizipation von Einheimischen und Zugezogenen, von Ausländer:innen genauso wie von jenen, die zu uns flüchten
- einen Kanton aus demokratisch gestalteten Regionen

Das ist, wofür wir stehen. Wir freuen uns über deine Unterstützung und auf die Erarbeitung von Lösungen mit Gemeinsinn.



INHALTSVERZEICHNIS

Inhalt

GRÜNE Graubünden	0
Wofür wir stehen	1
Inhaltsverzeichnis	3
Klimakrise	4
Energie & Gebäude	7
Mobilität	9
Wohnen	12
Soziales	13
Bildung	14
Biodiversität	15
Digitalisierung	16
Gesundheit	17
Kultur	18
Landwirtschaft	19
Migration	21
Raumplanung	23
Regionalpolitik	24
Tourismus	25
Wirtschaft	26
Steuern	27



KLIMAKRISE

DIE GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG UNSERER ZEIT — UND LETZTE CHANCE FÜR GRAUBÜNDEN?

Die Klimakrise stellt die Menschheit vor eine nie dagewesene Bedrohung. Um weltweit die durchschnittliche Temperaturerwärmung auf möglichst 1.5°C zu beschränken, müssen die Treibhausgasemissionen bis 2035 in der ganzen Schweiz auf netto null reduziert werden. Wir GRÜNE setzen uns national für einen Klimaplan² ein, der alle verursachten Emissionen berücksichtigt. Klimaschutz heisst, ganzheitlich zu denken, und kann so auch zur Verbesserung der Lebensqualität führen.

Die Schweiz erlebte 2024 bereits 2.9°C Erwärmung seit 1864³. Wir eilen somit der globalen Durchschnittserwärmung voraus – und hinken den notwendigen Reduktionsmassnahmen hinterher. Das gilt es wirksam zu ändern. Nicht nur mit dem 2021 erstellten Aktionsplan «Green Deal für Graubünden» und dem darauf bauenden und 2025 beschlossenen Bündner Klima- und Innovationsgesetz BKIG. Denn der Green Deal lässt für das Netto- Null- Ziel Zeit bis 2050, einzig der Kanton und die Gemeinden sollen per 2040 auf netto null Emissionen sein. Wir kämpfen aber dafür, dass die Massnahmen schneller greifen, ihre Wirkung transparent aufgezeigt wird und für alle tragbar sind, denn für effizienten Klimaschutz müssen wir alle am gleichen Strick ziehen – auf der gleichen Seite!

Hauptziele

- Konsequente Einhaltung des globalen Erwärmungsziels, um möglichst nahe am 1.5°C Ziel bleiben und somit netto null Treibhausgasemissionen bis 2035 anzustreben
- Konsequente und rasche Umsetzung der geplanten Green Deal Massnahmen
- Wo immer möglich Emissionsreduktion und nicht Kompensation
- Beteiligung an einer harmonisierten Treibhausgasbilanz der Kantone und Offenlegung der Entwicklung des Absenkpades⁴



² Klimaplan: <https://gruene.ch/kampagne/klimaplan>

³ Klimazukunft Schweiz:
<https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/klimawandel-und-auswirkungen/schweizer-klimaszenarien-ch2025.html>

⁴ Kantonale Treibhausgasbilanz: https://cercleclimat.ch/wp-content/uploads/2025/07/2025-05-22_Arbeitshilfe_Kantonale_Treibhausgabilanz_DE.pdf

- Berücksichtigung auch der indirekt durch Graubünden verursachten Emissionen, die durch importierte Güter sowie Finanzanlagen entstehen
- Garantieren eines sozialverträglichen Klimaschutzes bei der Festlegung behördlicher Massnahmen
- Klimaverträglichkeitsprüfung sämtlicher Entscheidungen

Partizipation und Bildung

- Umfassende Information über Funktionsweise und Folgen des Klimawandels, mit Einbezug der Veränderungen im Alpenraum
- Mitwirkung und Mitsprache der Bevölkerung bei der Ausarbeitung von Massnahmen für den Klimaschutz
- Umschulungsprogramme für Arbeitnehmende in klimaschädlichen Branchen
- Aus- und Weiterbildungsoffensive für klimarelevante Berufe



Klimaanpassungen

KLIMASCHUTZ IST GÜNSTIGER UND HAT GEGENÜBER DER KLIMAAANPASSUNG VORRANG. JEDOCH KOMMEN WIR UM DIE KLIMAAANPASSUNG NICHT MEHR HERUM.

Auch mit allen Bemühungen wird die Klimaerwärmung spürbar bleiben. Darauf müssen wir uns rechtzeitig einstellen und möglichst rasch reagieren.

- Umfassendes sektor- und grenzübergreifendes Wassermanagement in Kooperation mit den stromabwärts liegenden Nachbarregionen, damit die Fließgewässer ihre Ökosystemleistungen für sauberes Trinkwasser, Hochwasserschutz und die biologische Vielfalt erfüllen können⁵
- Stärkung der biologischen Vielfalt, um die Resilienz der Natur vor Klimaextremen zu erhöhen
- «Climate Proofing» in der Raumplanung, um Raum- und Siedlungsentwicklung auf ihre Wirksamkeit und Reaktionsfähigkeit gegenüber der Klimaerhitzung zu überprüfen und Gefahrenzonen konsequent umzusetzen
- Sicherung vor Extremereignissen wie Hochwasser, Murgang und Felssturz auch durch naturbasierte Lösungsstrategien, wie klimaresistente Wälder, revitalisierte Flüsse, entsiegelte Böden und Schwammstadt-Projekte
- Nutzung von natürlichen Senken als CO₂-Speicher dank vernässter Moore, biodiversen Wäldern, gesunden Böden sowie der Einlagerung von Pflanzenkohle
- Klimaangepasste Siedlungsentwicklungen dank Grün- und Freiräumen sowie Durchlüftungskorridoren zur Vorbeugung von Hitzeinseln
- Negativemissionstechnologien wie die CO₂-Luftabscheidung und Speicherung (Direct Air Capture and Storage) für jene Bereiche, in welchen die Emission von Treibhausgasen nicht oder nur schwer vermeidbar sind

Viele weitere Anliegen und Bezugnahmen zum Klimaschutz findest du in den folgenden Kapiteln.



⁵https://www.alpconv.org/fileadmin/user_upload/Organisation/AC/XVI/ACXVI_WaterDeclaration_de.pdf

ENERGIE & GEBÄUDE

BAUEN UND LEBEN MIT ZUKUNFT

Energie muss in Zukunft sehr viel effizienter und intelligenter eingesetzt und aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Denn nur so können wir garantieren, dass auch zukünftige Generationen einen bewohnbaren Planeten haben. Dieser Umstieg wird kein leichter sein: Hier ist die Reduktion des Primärenergieverbrauchs, ein vielseitiger Ausbau der Sektorkoppelungen, wie das Zusammenspiel von Strom- und Wärmemetzen sowie verschiedener lokal vorhandener Energiequellen und Speichern nötig. Besonders dringlich sind energetische Massnahmen im Gebäudesektor, denn hier werden Investitionen für mehrere Jahrzehnte getätigt. 37% des Gesamtenergieverbrauchs erfolgt nämlich im Gebäudebereich (Aktionsplan Green Deal, 2021).

Energie

- Abkehr von fossilen und Förderung der erneuerbaren Energien
- Deinvestitionsstrategie für das Gasnetz und schrittweise Ausserbetriebnahme bis 2035
- Produktionspflicht von erneuerbarer Energie (Solar) bei Neu- und Umbauten von Gebäuden sowie öffentlicher Infrastruktur
- Förderung von Verbundlösungen, wie Wärme, Kälte, Strom (Sektorkoppelung) und Speicherlösungen
- Förderoffensive für Solarenergie auf Gebäuden und Infrastrukturanlagen, Nutzung des ökologisch verträglichen Windenergiepotenzials in Gewerbebezonen und bereits gut erschlossenen Gebieten
- Sinnvoller Umgang mit der bereits intensiven Wasserkraftnutzung durch Verstärkung der Bündner Position bei der Rekonzessionierung, der Wahrnehmung der Heimfallrechte sowie dem Schutz der letzten, unberührten Flussstrecken und der Renaturierung verbauter Wasserläufe, gemäss der Deklaration für eine integrierte und nachhaltige Wasserwirtschaft der Alpenkonvention.⁶
- Obligatorische Energieplanungen zur Steigerung der Effizienz und Senkung des Verbrauchs für alle Gemeinden und Regionen sowie die grossen Energieverbraucher in der Wirtschaft (wie in Industrie, Tourismus, Dienstleistungsbetrieben)
- Günstige Rahmenbedingungen für netzstabilisierende Massnahmen, wie intelligente Stromzähler (Smart Meter), netzbildende Wechselrichter, Einsatz von KI und dezentralen Energiesystemen



⁶ Wasserdeklaration der Alpenkonvention:

<https://www.alpconv.org/de/startseite/konvention/protokolle-deklarationen/>

- Rasche Einführung dynamischer Stromtarife durch die Energieversorger für ein effizient bewirtschaftetes Stromproduktions- und Verteilnetz

Gebäude

- Ausbau der Förderung von Heizungen mit erneuerbaren Energiequellen
- Ersatz aller fossil betriebenen Heizungen bis 2035, umgehendes Verbot von Neuinstallationen
- Ersatzpflicht für Elektroheizungen bis 2035
- Informations- und Beratungsoffensive für den raschen Einsatz der erhöhten und ausgebauten kantonalen Unterstützungsbeiträge für energetische Gebäudesanierungen (Green Deal) sowie Ausgleich der Bundesbeiträge bei Streichung des nationalen Gebäudeprogramms
- Förderung der Nutzung von Holz unter Berücksichtigung des Kaskadenansatzes⁷ – damit Holz möglichst lange Holz bleibt und erst am Lebensende für die Energienutzung eingesetzt wird – sowie von anderen organischen, einheimischen Baumaterialien.
- Rasche, integrale Übernahme der neuen Mustervorschriften der Kantone (MuKE 2025⁸) ins kantonale Energiegesetz
- Neubaubewilligungen sind mit Vorgaben zur späteren Wiederverwertung der Baumaterialien zu verknüpfen
- Schaffung eines kantonalen Baumaterialarchivs zur Etablierung von Materialkreisläufen
- Priorisierung für Sanierung im Bestand statt Abbruch und neu bauen



⁷ Kreislaufwirtschaft: <https://www.ressource-deutschland.de/themen/kreislaufwirtschaft/kreislauffuehrung-im-verarbeitenden-gewerbe/kaskadennutzung/>

⁸ Mustervorschriften der Kantone zum Energiebereich: Energiedirektorenkonferenz <https://endk.ch/>; Agentur für erneuerbare Energien: <https://aeesuisse.ch/de/news/muken-2025-die-kantone-sind-gefordert-fuer-eine-koordinierte-energie-wende-im-gebaeudebereich/>

MOBILITÄT

GEMEINSAM UNTERWEGS: WENIGER DRECKIG UND EINSAM

Der Verkehr ist in Graubünden für 27% (Aktionsplan Green Deal, 2021) der kantonalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Ein Umdenken in der Verkehrspolitik ist also dringend nötig. Der motorisierte Verkehr muss frei von fossilen Antriebsenergien, der Privatverkehr deutlich reduziert und durch breit zugängliche ÖV-Angebote ersetzt werden. Es gilt, eine verbesserte Anbindung aller Bündner Täler an das kantonale ÖV-Netz und Transportalternativen bis in alle Alpentäler sicherzustellen. Das Privatauto soll in Zukunft nur dann genutzt werden, wenn es nicht anders geht. Ergänzend braucht es einen Ausbau von Fuss- und Velowegen, um eine sichere Mobilität für alle zu ermöglichen.

VERBESSERUNG DANK ZUSAMMENARBEIT

Die Einhaltung der nationalen und WHO-Grenzwerte⁹ (NO_x, Feinstaub, Lärm usw.) auf Transitstrecken und in alpinen Siedlungsgebieten muss gewährleistet sein. Die CO₂-Emissionen des gesamten alpenquerenden Verkehrs (Schiene und Strasse) müssen auf null reduziert werden, um im Rahmen europaweiter Bemühungen bis spätestens 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Es fehlt bei uns jedoch die umfassende Internalisierung der extern an Mensch und Umwelt verursachten Kosten und an wirksamen Massnahmen zum Staumanagement und der Vermeidung des Ausweichverkehrs. Dazu ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Alpenländern und ihrer Regionen erforderlich. Hier ist Graubünden über seine vielen Alpenpässe mit den Nachbarregionen genauso verbunden wie gefordert.

Denn der Personen- und Güterverkehr auf der Nord-Süd-Achse – insbesondere über den Gotthard und den San Bernardino – belastet die Bevölkerung bereits zu stark. Und laut Prognosen des Bundesamtes für Raumentwicklung wird das Güterverkehrsvolumen innerhalb der Schweiz bis 2040 im Vergleich zu 2010 um 37% zunehmen. Der Bundesrat anerkennt diese Problematik zwar, hat aber bisher trotz Verfassungsauftrag keine ausreichenden Massnahmen ergriffen. Im Gütertransitverkehr gibt es keine Annäherung ans gesetzlich vorgegebene Ziel.¹⁰ Im Import-, Export- und



⁹ WHO-Luftgrenzwerte:
<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/luft/internationale-luftreinhaltung/who-air-quality-guidelines.html>;
<https://www.who.int/europe/de/publications/i/item/9789240034433>

¹⁰ Verkehrsverlagerung Strasse-Schiene:
<https://www.bav.admin.ch/de/berichte-und-zahlen> ;
 Verlagerungsberichte auf den Transitachsen:
<https://www.uvek.admin.ch/de/verkehrsverlagerung>

Binnenverkehr auf Schweizer Boden, kann von Verlagerungspolitik noch keine Rede sein.¹¹

Der Aktionsplan der Simplon-Allianz¹², 2022 durch alle 8 Alpenländer in Brig unterzeichnet, verspricht als vielversprechend konkretisiertes Verkehrsabkommen Besserung. Nun müssen gemeinsame Massnahmen ergriffen werden, um den Personen- und Güterverkehr in den Alpen zu reduzieren und auf die Schiene zu bringen. Bei uns dient das der Wertschöpfung durch die RhB und verringert die Strassenkosten.

Personenverkehr

- Vergünstigung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bezahlbarer ÖV für Geringverdienende, Kinder und Personen in Ausbildung
- Förderung von Alternativen wie Bike- und Car-Sharing, Fahrgemeinschaften, Rufbussen und Einsatz erneuerbarer Antriebsenergien, wo Automobilität unverzichtbar ist
- Einführung von Tempo 30 innerorts und ausserorts entlang von Wohnhäusern, sinnvolle autofreie Ortskerne, Ausbau der Fuss- und Velowege
- Ausbau von multifunktionalen Verkehrsdrehscheiben bei Bahnhöfen in Zentren und Subzentren
- Keine Kapazitätserhöhung für den motorisierten Individualverkehr, Reduktion von öffentlichen Parkplätzen innerorts
- Auflösung der zweckgebundenen Gelder für den Strassenbau, Investition freiwerdender Mittel in ÖV sowie den Fuss- und Veloverkehr
- Unterstützung ganzheitlicher Konzepte für einen nachhaltigen Destinationstourismus, inklusive Verkehrsmanagement¹³
- Bereitstellung und Verbreitung von Informationen und Dienstleistungen zu Mobilitätsangeboten für die erleichterte An- und Abreise, bereitgestellt durch die Tourismusanbietenden
- Einführung einer Durchfahrtsabgabe für Transitfahrten durch die Schweiz zur Lenkung (Staumanagement) des zunehmenden Freizeit- und Ferienverkehrs durch die Alpen¹⁴



¹¹ Güterverkehr im Inland: <https://proalps.ch/themen/gueterverkehr-flaeche/>

¹² Aktionsplan der Simplon-Allianz: <https://www.are.admin.ch/de/nsb?id=90890>

¹³ Beispiele: Bergsteigerdörfer: <https://www.bergsteigerdoerfer.org/>; Netzwerk Alpine Pearls: <https://www.alpine-pearls.com/>

¹⁴ Durchfahrtsabgabe: Pro Alps: <https://www.proalps.ch/mm-durchfahrtsabgabe/>; Bund: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20253744>

- Beschleunigte Einführung von Massnahmen zur Vermeidung des Ausweich- bzw. Umgehungsverkehrs durch die Dörfer an den Transitrouten
- Berücksichtigung der CO₂-Emissionen als Berechnungsgrundlage für die neue Verkehrssteuer, sowie Verkehrssteuerbefreiung für ÖV-Fahrzeuge und Rabatte für Car-Sharing-Fahrzeuge

Güterverkehr

- Kantonales Güterverkehrs- und Logistikkonzept für die konsequente Verlagerung des innerkantonalen und alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene
- Erhöhung der Strassennutzungsgebühren für LKW (LSVA), die auch die E-LKW erfassen müssen¹⁵
- Einführung eines nachhaltigen Kapazitätsmanagements im Alpen transit, durch einen marktbasieren Handel der Durchfahrtsrechte (Alpen transitbörse¹⁶) oder für jeden Alpenübergang maximal zulässige LKW-Fahrten pro Jahr
- Modernisierung und Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche, allen voran des Einzelwagenladungsverkehr (EWLV)¹⁷



¹⁵ Weiterentwicklung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA): https://www.news.admin.ch/de/newnsb/quLQqXJt-4wHbwb9E_BOQ ; <https://proalps.ch/verkehrskommission-schwaecht-lsva-revision/>

¹⁶ Alpen transitbörse: <https://proalps.ch/themen/alpen transitboerse/>

¹⁷ Binnen-Güterverkehr: <https://proalps.ch/themen/gueterverkehr-flaeche/>

WOHNEN

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und zentral, weil es Sicherheit, Stabilität und ein gesundes Umfeld schafft, in dem Menschen wachsen, arbeiten und gemeinsam Verantwortung tragen können. In Graubünden soll es einen fair bezahlbaren Wohnraum geben – Wohnmodelle für verschiedene Lebensformen für Einzelpersonen, Familien, Mehrgenerationen und gemeinschaftliches Wohnen gleichermaßen. So ermöglichen wir Chancengleichheit, stärkere Gemeinden und fördern ein lebendiges, solidarisches Miteinander.

Bezahlbarer Wohnraum ist in Graubünden, insbesondere in den Tourismuszentren, knapp. Die einheimische Bevölkerung hat beim Kauf von Häusern, Wohnungen oder Grundstücken gegen die finanzielle Überlegenheit von Zweitwohnungskäufern keine Chance. Das ist nicht nur ein soziales Problem, sondern auch ein wirtschaftliches: Wenn bezahlbarer Wohnraum für das Personal fehlt, verschärft sich der Fachkräftemangel in den Bergregionen noch zusätzlich.

- Einführung von Bauzonen für Wohnsiedlungen mit flächenoptimierten Wohnungen, cleveren Raumlösungen, flexiblen Umrissen und Gemeinschaftsräumen
- Förderung von altersgerechten und preisgünstigen Wohnungen, auch über gemeinnützige Wohnbauträger
- Kantonale Vorgaben für die Schaffung von Raum für gemeinnütziges Wohnen und die Unterbindung der Umwandlung von altrechtlichen Erst- in Zweitwohnungen
- Schaffung eines Fonds «Wohnraum für Einheimische» um die Wohnungsnot von Einheimischen zu lindern
- Einsatz der Mehrwertabgabe für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum
- Einführung eines Vorkaufsrechts für Gemeinden beim Kauf von Land, Liegenschaften und Wohnungen
- Vergünstigte Baurechte bei Grundstücken der öffentlichen Hand für gemeinnützige Wohnbauträger
- Aufbau einer Plattform für Wohnbaugenossenschaften, um sie beim Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu beraten und finanziell zu unterstützen



SOZIALES

FÜR EINE MENSCHLICHERE NACHHALTIGKEIT

Die ersten Personen einer Gesellschaft, welche unter Krisen leiden, sind immer jene, welche sich am wenigsten wehren können. Eine gute kantonale Krisenpolitik muss folglich die Schwächsten der Gesellschaft schützen und die Ursachen der Krisen bestmöglich angehen. So bleibt Graubünden ein guter Lebensort für Menschen in allen möglichen Lebenssituationen. Daher ist es essenziell, dass der Kanton sich unabhängig von Geschlecht, Muttersprache und Herkunft für die sozialen Anliegen der Bewohner:innen einsetzt. Darum engagieren wir uns für eine Nachhaltigkeit, welche die sozialen Komponenten stark berücksichtigt.

- Förderung von Chancengerechtigkeit aller Geschlechter, Inklusion von Minderheiten in unserer Gesellschaft
- Ausbau der Krankenkassen-Prämienverbilligung
- Förderung von Initiativen gegen häusliche, geschlechterspezifische und sexuelle Gewalt; Kanton und Gemeinden garantieren dem Frauenhaus und der Opferhilfe eine ausreichende Finanzierung
- Aufbau von Unterstützungsprogrammen, welche die Situation von Suchterkrankten verbessern
- Mehr Wertschätzung und faire Rahmenbedingungen der Öffentlichen Hand und der Arbeitswelt für die Freiwilligenarbeit in Institutionen, Zivilgesellschaft und Politik
- Unterstützung der Gemeindearbeit, damit sich Kinder und Jugendliche ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten gemäss einbringen und mitgestalten können



BILDUNG

INKLUSIV UND SOZIAL GERECHT

Ein starkes Bildungssystem ist entscheidend für die Zukunft der Kinder wie auch des Kantons. So ist es wichtig, dass das Bildungsangebot die Schüler:innen einbezieht und die Familien bei Betreuung und Ausbildung der Kinder kantonal unterstützt. Faire Zugangschancen und individuelle Förderung sorgen für einen gerechten Bildungserfolg, unabhängig von der sozialen Herkunft, von der obligatorischen Schule bis zur tertiären oder universitären Ausbildung.

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind wegen dem zunehmenden Leistungsdruck, den sozialen Medien und Zukunftsängsten psychisch stark belastet. Warnsignale müssen auch in der Schule frühzeitig erkannt und präventive Massnahmen dank einer engen Zusammenarbeit von Schulen, Eltern und Fachkräften eingeleitet werden.

- Bereitstellung der nötigen Ressourcen für die Ausbildung von genügend Lehrpersonen, für eine integrative und inklusive Schule für alle
- Stärkerer Fokus der Schulen auf Nachhaltigkeitsthemen, politische Bildung und das Erlernen einer offenen Diskussionskultur
- Aufbau eines Bildungssystems, welches die heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Lernpsychologie ins Zentrum stellt und die Bedürfnisse von Schüler:innen und Lehrpersonen wahrnimmt
- Schaffung von einfach zugänglichen und fachlich gut dotierten Anlaufstellen für psychisch belastete Schüler:innen sowie Weiterbildungen für die Lehrkräfte
- Stärkung der Kompetenz der Schulkinder in Bezug auf digitale und soziale Medien sowie den Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI)
- Einführung eines kantonalen Kinderschulrates für eine bessere Partizipation der Schulkinder
- Stärkung der Sprachkenntnisse einer zweiten Kantonssprache durch Förderung zweisprachiger Schulklassen, Sprachtausch und einem Sprachunterricht mit Alltagsbezug
- Errichtung einer Tagesschule mit einer integrierten und bezahlbaren KITA in jeder Bündner Region
- Entwicklung einer Strategie für die Höhere Schulbildung unter Mitwirkung aller Akteur:innen



BIODIVERSITÄT

SPEZIELLE VERANTWORTUNG IM GRÖSSTEN KANTON

Biodiversität ist die Vielfalt des Lebens auf allen Ebenen: Arten und Gene in Ökosystemen und Lebensräumen sowie die Fülle der Beziehungen unter ihnen. Doch das weltweite Verschwinden von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen ist auch bei uns spürbar. Rund die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten in der Schweiz sind bedroht. Dadurch sind auch Leistungen der Natur wie sauberes Trinkwasser, die Bestäubung von Pflanzen oder gesunde Wälder gefährdet. Darum trägt Graubünden mit seinen 7100 km² grösstenteils dünn besiedelten, nord- und südalpinen Naturlandschaften eine spezielle Verantwortung für die Sicherung der Biodiversität im ganzen Alpenraum. Der Kanton hat die Biodiversitätsstrategie Graubünden 2023-2032¹⁸ verabschiedet, die jetzt konsequent umzusetzen ist und ihre Anliegen in der Bevölkerung zu verankern sind.

- Stärkung des Bewusstseins für die Bedeutung der Biodiversität sowie Schutz und Stärkung der biologischen Vielfalt auf allen Ebenen, von den Gemeinden bis zum Kanton, von der Siedlung bis zum Gipfel
- Erhalt sauberer, natürlicher und von der zusätzlichen Nutzung verschonter Gewässer mit natürlichen Wassermengen zur Stärkung ihrer Ökosystemsleistungen zugunsten von Biodiversität, Grund- und Trinkwasser sowie der Landwirtschaft
- Renaturierung wertvoller und klimarelevanter Lebensräume wie Auen und Moore bei jeder sich bietenden Gelegenheit
- Flächenausweitung für die Naturvielfalt, sei es mit der Schaffung von Vernetzungsgebieten zwischen wertvollen Lebensräumen, mehr artenreichen Wiesen und Wäldern, neuen Naturparks – oder einem zweiten Nationalpark
- Strikte Umsetzung der kantonalen Strategien zu “Biodiversität 2023-2032” und “Lebensraum Wald – Wild 2021” durch Bereitstellung der Mittel und Einbezug von Gemeinden und Bevölkerung
- Kontrollierte Bestandesregelung der Wolfspopulation auf wissenschaftlicher Grundlage, zur Erlangung gesunder, standortgerechter und klimafitter Bergwälder mit einem praxisnah funktionierenden Nebeneinander von Wolf und Forstwirtschaft sowie praxistauglicher Präventions- und Herdenschutzmassnahmen in der Land- und Alpwirtschaft



¹⁸ Bündner Biodiversitätsstrategie:

https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2024/Seiten/2024_042501.aspx

DIGITALISIERUNG

GLOBALE HERAUSFORDERUNG UND BÜNDNER CHANCE

Die Digitalisierung bietet die Chance, unsere Welt zu bereichern und umzugestalten. Sie unterstützt wichtige Veränderungen wie die Dezentralisierung der Wirtschaft und der Arbeitsorte, die Dekarbonisierung der Energieversorgung und die optimale Abstimmung von Stromangebot und -nachfrage mit fluktuierender Energieproduktion aus Solar- und Windkraft. Eine sogenannte Randregion wie Graubünden kann für digitale Dienstleistungen zum Zentrum werden. Es eröffnen sich uns neue Wirtschaftszweige und Arbeitsformen.

Dabei müssen die mit der Digitalisierung einhergehenden Herausforderungen wie zunehmender Energieverbrauch, die Cyberkriminalität und der Persönlichkeitsschutz bewältigt werden. Durch die digitale Automatisierung wird sich auch die Arbeitswelt stark verändern, was ohne rechtzeitige Anpassungen zu gravierenden sozialen Problemen führen könnte. Übermächtige Technologiekonzerne, selbstlernende Algorithmen, Künstliche Intelligenz (KI) und Filterblasen können eine Gefahr für Freiheit und Demokratie darstellen. Durch vorausschauende Bereitstellung von digitaler Infrastruktur, nationaler Regulierung sowie der nötigen Infrastruktur und Bildung vor Ort gilt es sicherzustellen, dass wir unsere Zukunft auch hier selbstbestimmt mitgestalten.

- Mehr Transparenz der kantonalen und kommunalen Verwaltung (Open Government Data) sowie kostenloser und freier Zugang zu wichtigen Informationen
- Umfassende Weiterbildungen im Umgang mit digitalen Technologien und KI, insbesondere für Lehrpersonen aber auch andere Berufsgruppen
- Sozialverträgliche Umstellung der Arbeitswelt auf die zunehmende Automatisierung
- Verbesserung der Cybersicherheit durch Kompetenzausbau und bessere Infrastruktur
- Rasche Digitalisierung der Kantone und Gemeinden nicht auf Kosten von Umwelt und Datenschutz
- Bildungs- und Unterstützungsangebote für Personen, die Mühe mit dieser Transformation haben
- Erschwinglicher Zugang zum Hochbreitband-Internet im ganzen Kanton übers Fest- oder Mobilfunknetz
- Ersatz der amerikanischen IT-Produkte in Verwaltung und Schulen (z.B. Microsoft und Whats App) durch open source Produkte



GESUNDHEIT

GESUNDHEIT FÜR MENSCH UND NATUR

Eine gesunde, schadstofffreie Natur sichert sauberes Trinkwasser, produziert gesunde Nahrungsmittel und fördert das menschliche Wohlbefinden. Sie stärkt seine Gesundheit. Diese ist ein zentrales Allgemeingut und muss bezahlbar sein. Wer Pech hat oder leidet, dem soll konsequent geholfen werden, zuhause, im Heim oder im Spital. Die Medizin fragt nicht nach Verschulden und Verursachenden, sie hilft, wo es nötig ist. Die gesetzlichen Grundlagen für Prävention und Lösungsfindung sind den heutigen Bedürfnissen und Problemlagen anzupassen, wie der geschlechtsspezifischen Gewalt und neuen Suchtformen.

Das Gesundheitswesen muss für die Gesellschaft tragbar und das Leistungsangebot vernünftig bleiben. Es gilt nicht, eine Maximalmedizin zu fördern und Ansprüche bis zum Äussersten zu erfüllen, sondern den sinnvollen Einsatz der Mittel und der Fachkräfte in allen Talschaften sicherzustellen.

Dem Mangel an Pflegenden, Therapierenden und Hausärzt:innen gilt es mit starker Ausbildung und guter Entlohnung zu begegnen. Bei der Umsetzung der von der Stimmbevölkerung angenommenen Pflegeinitiative fehlt es an der versprochenen Umsetzung.

- Gute bezahlbare obligatorische Krankenversicherung für eine qualifizierte Basismedizin
- Aufbau von Gesundheitsversorgungsregionen mit einer qualitativ guten Grundversorgung in ganz Graubünden verteilt
- Transparenz und Fairness durch Gesamtarbeitsverträge für Pflege, Therapien, Ärzteschaft und Administration
- Gestärkte Ausbildung, gerechte Entlohnung, dosierter Umgang mit Ressourcen
- Förderung der Zusammenarbeit der Regionalspitäler, gegenseitige Unterstützung mittels Fachkräfte, Einkaufs- und Ausbildungsgemeinschaften
- Stärkung von Gewalt- und Suchtprävention wie auch der unterstützenden Infrastruktur in allen Regionen (Frauenhäuser, Suchthilfe)



KULTUR

GENUSS, IDENTITÄT UND INNOVATION

Eine grosse kulturelle Vielfalt prägt das mehrsprachige Graubünden mit den vielen lokalen, ländlich oder urban geprägten Kultur- und Ausdrucksformen, traditionellen und aktuellen. Ihre Förderung ermöglicht den Kulturschaffenden, diese kulturelle Diversität zu leben und dank kreativen Freiräumen Neues und Unkonventionelles zu schaffen. In allen Regionen soll die Gesamtbevölkerung am reichen Erbe und allen kulturellen Ausdrucksformen teilhaben können. Gerade auch in der Begegnung, zusammen mit «Zweitheimischen», kann Bestehendes kreativ verändert und überraschend Neues entstehen. Die gelebte Kultur trägt so zu Zusammenhalt und gegenseitigem Verständnis bei. Sie schafft Identität, Dialog und Innovation.

- Gleichberechtigte Förderung aller Formen des kulturellen Ausdrucks
- Schaffung regionaler Kulturzentren und Kulturvermittler:innen
- Errichtung kommunaler Kulturfördergesetze nach dem Subsidiaritätsprinzip
- Chancengleichheit in der Kulturförderung für alle Geschlechter und Herkunft
- Vermittlungsstelle für zahlbare Kulturräume und Zwischennutzungen
- Schaffung von Förderkriterien für faire Vergütungen an die Kulturschaffenden und angemessene Löhne für die Lehrpersonen an Musik- und Kunstschulen
- Planungssicherheit im Kulturschaffen dank Leistungsvereinbarungen und Anschubfinanzierung



LANDWIRTSCHAFT

FÜR ÖKOLOGISCHES BAUERN UND GESUNDE ERNÄHRUNG

Die Bündner Landwirtschaft ist stolz auf über 1200 Bio-Bauernhöfe, das sind 65% der Betriebe (Stand 2025). Doch darauf auszuruhen, geht nicht, denn wir haben weiterhin eine Intensivlandwirtschaft mit hohem Pestizid-, Herbizid- und Düngereinsatz sowie Futtermittelimporten. Das belastet die Böden und führt zum Aussterben von Tieren und Pflanzen. Auch werden auf grossen, ackerbaufähigen Flächen Futtermittel für Milch- und Fleischproduktion angebaut, statt dass der für die Welternährung zentrale Produktionsgrundsatz auch bei uns eingehalten wird: Nahrungsmittel werden nicht verfüttert. Und in an sich sinnvollen Strukturverbesserungen (Meliorationen) werden weiterhin Landschaften mit grossen Strassen zugespflastert, und wertvolle Strukturen wie Hecken oder Trockenmauern verschwinden.

Was es darum braucht, ist ein Ausbau ökologischer und klimaneutraler Anbau- und Tierhaltungsmethoden, die unserem jahrhundertealten Erbe einer vielfältigen land- und alpwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft auch raumplanerisch Sorge trägt.

Die zukünftige Bündner Landwirtschaft muss standortangepasst, regenerativ und klimaschonend sein, damit ihre Produktionsgrundlagen (Boden, Wasser, Biodiversität) unter veränderten klimatischen Bedingungen gesichert werden können. Das Bündner Projekt «Klimaneutrale Landwirtschaft»¹⁹ kann hier wegweisend sein. Die Marke Graubünden soll künftig genauso für Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau ohne synthetische Pestizide stehen. So wird die Bündner Land- und Alpwirtschaft für eine regionale Versorgung mit frischen, qualitativ hochklassigen Lebensmitteln unabdingbar und trägt zur nationalen Versorgung bei.

Zudem gilt es soziale Missstände und Ungerechtigkeiten anzugehen. Die rechtliche Situation der Bäuerinnen, wie auch die ganze landwirtschaftliche Ausbildung, hinken den veränderten gesellschaftlichen Realitäten hinterher. Folglich gehören Aufklärung und Bildung in den Fokus gerückt, mit Einbezug der Konsument:innen. Es geht um alle, die essen.



- Förderung einer standortgerechten Bündner Landwirtschaft; ohne Futtermittelimporte, Vermeidung der Überdüngung von Flächen, Sicherung der fruchtbaren Böden, Gewährleistung des sauberen Grund- und Oberflächengewässers, der gesunden Tiere und vielfältigen Pflanzen
- Stärkung der regenerativen Bündner Landwirtschaft für gesunde Böden, mittels Fruchtwechsel, Zwischenkulturen, Agroforst und reduzierter Bodenbearbeitung, zur CO₂-Senkung und dem Humus-Aufbau

¹⁹ Klimaneutrale Landwirtschaft in Graubünden:

<https://www.klimabauern.ch>

- Stärkung innovativer pflanzliche Produkte, die auf geeigneten Ackerflächen die Fleisch- und Milchproduktion fördern und zu höheren Einkommen in der Landwirtschaft führen
- Graubünden steht künftig für Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau ohne synthetische Pestizide
- Künftige Meliorationen stärken die arrondierte Landwirtschaft, fördern Landschaftsschutz und Biodiversität
- Das nicht mehr zeitgerechte Bäuerliche Bodenrecht soll den heute vielfältigen sozialen Realitäten angepasst werden. Die Spekulation mit Landwirtschaftsland soll verhindert und die Hofgrößen limitiert werden. Innovative Organisations- und Zusammenarbeitsformen, wie Genossenschaften und Hofgemeinschaften sind zu fördern.
- Entschlackung der landwirtschaftlichen Bürokratie zur Stärkung der Praxisorientierung und einer beschleunigten Transformation zu einer regenerativen, klimaschonenden und biodiversitätsfördernden Landwirtschaft
- Förderung einer umfassend nachhaltigen Bildung mit Einbezug von Land- und Ernährungswirtschaft, von Produzent:innen und Konsument:innen und regionalen Lebensmittelnetzwerken wie Food-Hubs
- Der Plantahof soll zur führenden Ausbildungsstätte angehender Bäuer:innen werden, zum Vorreiter für eine klimaneutrale, regenerative, geschlechtergerechte Landwirtschaft im Alpenraum
- Minimierung von Lebensmittelverschwendung vom Feld bis zur Konsument:in; beseitigen von Ineffizienzen in der gesamten Wertschöpfungskette und Stärkung des Umwelt- und Ressourcenschutzes



MIGRATION

WIR SIND EIN MIGRATIONSKANTON

Graubünden ist seit der ersten Besiedlung von der Migration geprägt. Ob Reisende oder Zuwandernde, Hausangestellte, Heuer, Zuckerbäcker oder nach Russland und Übersee Ausgewanderte – fremde Menschen konnten froh sein, erhielten sie hier und hiesige anderswo ihre Chance. Erst die Zu- und Abwanderung haben unsere vielfältige Kultur geschaffen, in Musik, Sprache und Architektur, in Landwirtschaft, Handwerk, Technologie sowie den vielen sozialen Szenen. Die Migration prägt uns auch heute in ihrer temporären Form, dem Tourismus. Dieser wiederum braucht unzählige Arbeitsmigrant:innen. In Anerkennung dieser Herkunft und ihrer zentralen Bedeutung für Graubünden gilt es nicht Ablehnung und Ausgrenzung zu betreiben, sondern jedem Menschen mit Wertschätzung zu begegnen und ihm die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Das verlangt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte²⁰, der Grundlage zur Europäischen Menschenrechtskonvention, welche die Schweiz 1974 ratifizierte.²¹ Dieses Gebot der Teilhabe gilt im Speziellen für Menschen auf der Flucht, die uns willkommen sind.

Wir brauchen all diese Menschen, müssen wir doch aufgrund der sich verändernden Demografie eine starke Überalterung der Gesellschaft meistern.

- Stimm- und Wahlrecht auf Kantons- und Gemeindeebene für Ausländer:innen mit der Niederlassungsbewilligung C
- Intensivierte und schnellere berufliche Eingliederung junger Migrant:innen, z.B. über Lehrstellen
- Grosszügige temporäre oder bleibende Aufnahme von Menschen auf der Flucht
- Stärkung der Nothilfe und Vermittlung schneller Arbeitserlaubnisse
- Begleitete Angebote für den Austausch mit der Wohnbevölkerung



²⁰ Erklärung der Menschenrechte:

<https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2023/12/menschenrechte-75-jahre.html>

²¹ Europäische Menschenrechtskonvention:

[https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/euoparat/europaeische-menschenrechtskonvention.html#:~:text=Verbot%20der%20Diskriminierung,](https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/euoparat/europaeische-menschenrechtskonvention.html#:~:text=Verbot%20der%20Diskriminierung,Die%20Europ%C3%A4ische%20Menschenrechtskonvention%20(EMRK),Schweiz%20hat%20sie%201974%20ratifiziert.)

[,Die%20Europ%C3%A4ische%20Menschenrechtskonvention%20\(EMRK\),Schweiz%20hat%20sie%201974%20ratifiziert.](https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/euoparat/europaeische-menschenrechtskonvention.html#:~:text=Verbot%20der%20Diskriminierung,Die%20Europ%C3%A4ische%20Menschenrechtskonvention%20(EMRK),Schweiz%20hat%20sie%201974%20ratifiziert.)

- Schaffung spezifischer Unterstützungs- und Therapieangebote für Traumatisierte, Familien und unbegleiteter Minderjährige
- Auflösung des Ausreisezentrums Flüeli in Valzeina



RAUMPLANUNG

PLATZ FÜR MENSCHEN, KLIMASCHUTZ UND NATUR

In Graubünden wird der Raum stark touristisch, landwirtschaftlich, für die Energieproduktion und durch Überbauung genutzt. Schwerpunkte der Raumplanung liegen deshalb bei Siedlungsentwicklung, Energie und Verkehr. Es ist höchste Zeit, die beiden grossen Krisen des Klimas und der Biodiversität in der Raumplanung besser zu berücksichtigen. Unsere gesamte Infrastruktur muss künftig fossilfrei betrieben und genutzt werden. Dies eröffnet die einmalige Chance, Siedlungen für den Menschen zu gestalten, und nicht für Autos und die Energieproduktion auch in den Siedlungsgebieten (Dächer, Fassaden) und auf Infrastrukturanlagen zu konzentrieren statt ausserhalb der Bauzonen. Denn in Graubünden produzieren wir bereits viermal mehr Strom als wir verbrauchen. Dafür benötigt es eine übergeordnete Planung. Gleichzeitig soll die Biodiversität gefördert werden. Nach Vorgaben des Aktionsplans Biodiversität des Bundes sollen 30% der wertvollsten und artenreichsten Flächen für die Natur gesichert werden, damit seltene Tiere und Pflanzen überleben können und der Austausch zwischen verschiedenen Standorten gewährleistet ist. Wir GRÜNE sorgen dafür, dass die nötigen Räume für eine vielfältige Natur verbindlich festgelegt werden, und die Ziele des Klimaschutzes ergänzen.

- Umfassende Bevölkerungsbeteiligung in der Raumplanung mit obligatorischen Mitwirkungsprozessen zur Erreichung breit getragener Lösungen für Umzonungen
- Stopp der Zersiedelung und intelligente Verdichtung der Zentren, die mit einer Freiraumplanung einhergeht und eine hohe Lebensqualität ermöglicht
- Erarbeitung eines kantonalen Richtplans Biodiversität
- Ausweisung von 30% der wertvollsten und artenreichsten Flächen für die Natur in allen Lebensräumen, auch in Siedlungen
- Korrektur der überbordenden Ausbauvorhaben im Rahmen des 2023 vorgelegten, revidierten kantonalen Energierichtplans
- Biodiversitäts-, klima- und sozialverträglich gestaltete Siedlungsräume durch den Rückbau von Strassen und Parkplätzen zugunsten von Grünflächen und Freiräumen, für Langsamverkehr, Kulturevents und Begegnung
- Milderung der Auswirkungen kommender Extremwetterereignisse durch den Ausbau kühlender Oasen in klimaresilienten Städten und Dörfern.



REGIONALPOLITIK

DEMOKRATIEFÖRDERUNG IN SCHLANKEN STRUKTUREN

Der Kanton Graubünden ist mit seinen 100 Gemeinden noch immer sehr kleinräumig organisiert, obwohl die Gemeinden flächenmässig immer grösser werden. Anstehende Herausforderungen oder Projekte wie Abwanderung, Raumplanung, Verkehr, Bildung, Beteiligung der Bevölkerung oder das Gesundheitswesen, die Abfallbeseitigung, Energieverbände und Abwasserreinigung können nur in grossen Räumen zukunftsgerichtet gelöst werden. Damit darin die Mitbestimmung und Mitgestaltung demokratisch gesichert werden, sind Regionalparlamente einzuführen. Die Kreise sind in die Regionen zu integrieren, weil sie heute nur noch eine einzige Aufgabe haben, nämlich die Wahlen für den Grossen Rat durchzuführen. Graubündens Zukunft sind die engagierten Jugendlichen, aus allen Himmelsrichtungen. Sie sollen bereits ab 16 Jahren auf Gemeinde- und Kantonsebene mitbestimmen können. Alle Generationen könnten in regionalen Klimaräten mit ihrem Ideenreichtum die Zukunft sichern und mitgestalten.

- Abschaffung der 39 Kreise und Integration in die Regionen
- Reduktion der 11 Regionen auf 6 bis 8
- Einführung von Regionalparlamenten
- Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechtsalters 16 auf Gemeinde- und Kantonsebene, auch für Ausländer:innen mit Niederlassungsbewilligung C
- Prüfung regionaler Klimaräte
- Einführung von mehr Partizipation für die ganze Bevölkerung (Einwohner:innenräte)



TOURISMUS

FÜR EINE RESPEKTVOLLE WERTSCHÖPFUNG

Der Tourismus ist eines unserer Kerngeschäfte. Wir müssen ihn in allen Facetten nachhaltig betreiben: Er muss die Landschaft und Natur schonen (Ökologie), er muss langfristig rentabel sein (Ökonomie), er muss der gesamten Bewohnerschaft dienen und sie zusammenhalten (Soziales). Eine Tourismusförderung allein mit Blick auf die Wertschöpfung ist zerstörerisch. Unser Kapital ist die grossartige Natur und Landschaft sowie unsere vielfältige Bündner Kultur. Mit diesen Werten können wir uns als einzigartig präsentieren und nur mit dem Erhalt unserer Natur und Kultur wird der Tourismus bestehen können.

Nutznieser:innen sollen alle Bewohner:innen sein, nicht nur wenige Entscheidungstragende oder Unternehmen. Darum muss die Bevölkerung bei der Entwicklung von Tourismuskonzepten von Beginn weg einbezogen werden und mitbestimmen.

Langfristig erfolgswirksam sind regional in der Kultur und der Landschaft tatsächlich vorhandene Alleinstellungsmerkmale, nicht der Kitsch.

- Direktdemokratisch legitimierte Tourismusentwicklung über Tourismusorganisationen in öffentlicher Hand, wider den Filz²²
- Kein Kapazitätsausbau zur Spitzenbedarfsdeckung, Reduktion des Massentourismus
- Rechtzeitige Anpassung der Wintersportangebote an die Klimaveränderung mit stark schwankenden, in tiefen Lagen ausbleibenden Schneemengen
- Betrieb der Infrastrukturen mit erneuerbarer Energie, Schneekanonen mit minimalem Strom- und Wasserverbrauch und nur, wo diese aus Klimasicht noch Sinn machen
- Reduktion des Tourismusverkehrs, Einbindung des öffentlichen Verkehrs in die Tourismusangebote (z.B. Skiticket)
- Diversifizierung der Tourismusangebote, keine Monokulturen
- Beim Flugplatz Samedan: Vorrang für Rettungs- und Versorgungsflüge, Reduktion der Luxusflüge, schnellstmögliche Umstellung auf die verpflichtende Nutzung emissionsfreier, erneuerbarer Treibstoffe durch alle dort verkehrenden Fluggeräte bis 2035



²² Filz, Verfilzung: <https://www.zdl.org/wb/wortgeschichten/Filz>

WIRTSCHAFT

SMARTE GRÜNE WIRTSCHAFT

Dem weltweit enormen Energieverschleiss muss mit einer Wirtschaft des Teilens, Sparens und der Wiederverwertung begegnet werden (Sharing bzw. Collaborative und Circular Economy). Der anstehende Umbau der Wirtschaft, weg von kurzlebigen, hin zu langlebigen und kreislaufintegrierten Produkten, ist eine grosse Chance für Graubünden. Bereits unsere Urgrossväter bauten auf Holz und Steine. Ihre Bauten stehen noch heute und sollen Inspiration für eine moderne, energieeffiziente Architektur sein.

Damit die Arbeitsplätze attraktiver und die Arbeitszeiten individueller und flexibler gestaltet werden können, sind Genossenschaften und andere kooperative Organisationsformen den Aktiengesellschaften vorzuziehen, weil sie lebensfreundlicher und weniger kapitalbeherrscht sind.

- Schaffung von Arbeitsplätzen in den Regionen dank eines fortschrittlichen Energiegesetzes, das die energetische Gebäudesanierung vorantreibt
- Strategie, Rahmenbedingungen und Förderprogramme für die Implementierung der Kreislaufwirtschaft in Graubünden
- Stärkung des inner- und ausserkantonalen Wissens- und Technologietransfers zwischen der Höheren Berufsbildung, den Hochschulen und der Wirtschaft, insbesondere in den Zukunftsbereichen wie Cleantech, Umwelttechnik, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz
- Sicherung von bezahlbaren Kitas und flächendeckende Tagesstrukturen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und Wegzugs
- Fachkräftemangel entgegenwirken durch Aus- und Weiterbildungsoffensive für die ökologische Wende
- Attraktivere Arbeitsplätze mit flexiblen, familienfreundlichen Arbeitsmodelle
- Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, mit folgender Stärkung der Freiwilligenarbeit



STEUERN

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM

Generell ist nicht über Steuersenkungen zu streiten, sondern über die Aufgaben, die ein Gemeinwesen tragen soll. Für den Umbau der Wirtschaft braucht es auch auf Kantonsebene eine ökologische Steuerreform, welche die Kosten für die menschlichen Arbeitsleistungen senkt und stattdessen die aus der wirtschaftlichen Tätigkeit entstehenden Umweltbelastungen den Verursachenden belastet. Das fördert die Beschäftigung, insbesondere in in der Regionalwirtschaft und den Cleantech-Branchen²³ und führt zu einer Kreislaufwirtschaft.²⁴ Die mehrmaligen Steuersenkungen für Unternehmen führten hingegen zu keinen Neuansiedlungen. Die pauschalbesteuerten ausländischen Milliardäre und Multimillionäre zahlen kaum ein Sackgeld Steuern. Die folglich fehlenden Mittel müssen von den Steuerzahlenden mit Lohnausweis kompensiert werden. Das ist zu korrigieren.

- Kantonale CO₂-Steuer für Grosse mittente wie z.B. Holcim in Untervaz
- Abschaffung der ungerechten Pauschalbesteuerung für ausländische Staatsangehörige
- Gerechte Steuern mit Berechnung gemäss wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit
- Umsetzung einer kantonalen ökologischen Steuerreform



²³ Cleantech: <https://energeiaplus.com/2020/09/23/schweizer-cleantech-innovationen-im-ueberblick/>

²⁴ Kreislaufwirtschaft: <https://www.bafu.admin.ch/de/kreislaufwirtschaft>

IMPRESSUM

GRÜNE Graubünden
VERDA Grischun
VERDI Grigioni
7000 Chur

info@gruene-gr.ch
gruene-gr.ch

AUTOR:INNEN

Anita Mazzetta

Beat Deplazes

Gabriel Reiber

Kaspar Schuler

Lydia Tobler

Nadine Nef

Simon Gredig

viele Inputgeber:innen am Wahlkampfauftakt vom 29.11.25 in Chur

